

# OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST



Photo: © WCC/Peter Williams

*Pfr. Sam Kobia, neuer Generalsekretär des Weltkirchenrates, analysiert die veränderte Situation der oekumenischen Bewegung.*

## Oekumenische Bewegung im Wandel

Pfr. Sam Kobia, neuer Generalsekretär des Weltkirchenrates, erklärte in einem Interview aus Anlass der ersten 100 Tage im Amt: „Wir werden die Beziehungen mit der römisch-katholischen Kirche weiter vertiefen.“ Zugleich betonte er, die oekumenische Bewegung müsse große Herausforderungen bestehen. Sein Antrittsbesuch beim Moderator des OeRK-Zentralausschusses, dem armenischen Katholicos Aram I., bot zugleich Gelegenheit zu einem Gespräch mit Walter Kardi-

nal Kasper, dem Präsidenten des päpstlichen Rates für die Einheit der Christen. Beide sprachen darüber, wie die Zusammenarbeit insbesondere im Rahmen der Gemeinsamen Arbeitsgruppe der römisch-katholischen Kirche und des OeRK gestärkt werden könne. Es gehe hier nicht primär um die Frage der Mitgliedschaft, sondern vielmehr um die Vertiefung der Zusammenarbeit. Die Kommission für Glauben und Kirchenverfassung und die Gemeinsame Arbeitsgruppe spielten eine sehr wichtige Rolle, weil sie Möglichkeiten für die Mitwirkung der römisch-katholischen Kirche in Leben und Arbeit des OeRK bö-

## AUS DEM INHALT

- Orden für früheren Direktor des Antirassismusprogramms
- EU-Verfassungsentwicklung bleibt Herausforderung
- US-Evangelikale: Regierung hat soziale Verpflichtung
- Indien: Kirchengemeinschaft
- Sudan: Enteignung kirchlichen Besitzes
- Kanada: Abstimmung über Segnung verschoben
- Kuba: Aufruf zum Dialog
- Schweden: Ureinwohner wollen eigene Kirchenstrukturen
- Deutschland: Christtag ohne Jesus
- Russland: Krishna-Tempel für Moskau

## Aus Netzen und Gruppen

- Bremen: Gesucht: das Beste für die Stadt
- Niedersachsen: Grenzerfahrungen
- Rhein Mosel Saar: Globales Spiel um Kopf und Kragen
- Württemberg: Materialien zu „Wirtschaften für das Leben“
- Kairos Europa: Gerechte Globalisierung
- AGDF: Freiwilligendienst statt Pflichtdienste
- Versöhnungsbund: „PISA-Studie“ über Friedensfähigkeit

## HERAUSGEBERKREIS:

- Stiftung Oekumene, Redaktionsadresse: Breitscheidstr. 92, 70176 Stuttgart  
Internet: www.ecunet.de in Verbindung mit
- Aktion Bundesschluß, c/o Karin Saarmann Christophstr. 35, 70180 Stuttgart
- Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden Blücherstr. 14, 53115 Bonn
- Christen für gerechte Wirtschaftsordnung, c/o Prof. Dr. Geitmann, Martin-Bucer-Str. 6 77694 Kehl
- Christlicher Friedensdienst, Rendelerstr. 9-11 60385 Frankfurt/Main
- Christliche Friedenskonferenz, c/o Dr. Ernst Uhl Landrat-Berthold-Str. 15, 28779 Bremen
- Oikocredit - DACHS e.V. Deutsche Förderkreise der Oekumenischen Entwicklungsgenossenschaft, Ebertplatz 12, 50668 Köln
- Eirene, Engenser Str. 74 b, 56564 Neuwied
- Ev. Studentinnengemeinde (ESG), Berliner Str. 69, 13189 Berlin
- Initiative Kirche von unten (IKvu) Heerstr. 205, 53111 Bonn
- Ohne Rüstung leben (ORL), Arndtstr. 31 70197 Stuttgart
- Pax Christi, Feststr. 9, 61118 Bad Vilbel
- Versöhnungsbund, Schwarzer Weg 8 32423 Minden sowie per Adresse
- Laurentiuskonvent, 34474 Diemelstadt:
- Christliche Aktion Mensch-Umwelt
- Ökumenische Initiative EINE WELT (ÖIEW)
- Plädoyer für eine Ökumenische Zukunft

ten. Ermutigend sei auch die wachsende Zahl von gemeinsamen Unternehmen in den Bereichen Migration sowie Gesundheit und Heilung, ohne dabei die schon lange bestehenden Beziehungen im interreligiösen Dialog zu vergessen.

Kobia betonte: „Der OeRK ist einmalig in seiner Art. Seine Einzigartigkeit liegt in seiner besonderen Rolle als globaler multilateraler ‚Raum‘, in dem eine unglaubliche Vielfalt von Kulturen, Theologien und Geschichten zusammenkommt, die sich dort so begegnen können, wie dies in keiner anderen Organisation möglich ist.“

Der neue OeRK-Generalsekretär äußerte sich auch zum Strukturwandel innerhalb der oekumenischen Bewegung und meinte: „Wir sind mit einer völlig neuen Situation konfrontiert. Die klassischen Formen oekumenischen Lernens verändern sich. Die christlichen Studentenbewegungen und Laienakademien, die die traditionellen Träger oekumenischer Bildung sind, scheinen vielerorts um ihr Überleben zu kämpfen. Bilaterale oekumenische Beziehungen entwickeln sich verstärkt. Einige Pfingst- und evangelikale Bewegungen sehen ihre Arbeit heute als oekumenisch an, weil sie Menschen unterschiedlicher Konfessionen, zum Beispiel in kirchenähnlichen Organisationen, zusammenführen und zur Zusammenarbeit motivieren. Ein neues Phänomen ist auch die Entstehung nichtkonfessioneller Gemeinden. Zusammenfassend glaube ich daher sagen zu können, dass die oekumenische Bewegung auf globaler wie auf lokaler Ebene mit einer neuen Realität konfrontiert ist, die uns zwingt, die Lage neu zu bewerten und zu prüfen, wie wir in Zukunft weitermachen können. Ich glaube tatsächlich, dass die gegenwärtigen Formen der institutionellen oekumenischen Bewegung den Anforderungen der heutigen Zeit nicht mehr wirklich entsprechen können.“

Vor einer anderen Herausforderung stehen speziell die protestantischen Kirchen. Historisch gesehen hat die protestantische Tradition, insbesondere in Europa, in der oekumenischen Bewegung eine tragende Rolle gespielt und sowohl das Denken als auch die Strukturen der oekumenischen Bewegung und des OeRK stark beeinflusst. Heute nun sieht es so aus, als ob die protestantischen Kirchen in Europa in der oekumenischen Bewegung zwar auch weiterhin eine wichtige Rolle spielen werden, aber dabei sind, zumindest teilweise ihren Status und ihren Einfluss in der Gesellschaft zu verlieren. Andererseits finde ich es ermutigend zu sehen, dass der oekumenische Geist in allen OeRK-Mitgliedskirchen, den protestantischen wie den orthodoxen, in allen Regionen lebendig ist. Wir stellen auch fest, dass das Interesse an der Oekumene in anderen Teilen der christlichen Familie, die traditionell nicht in die oekumenische Bewegung integriert sind, wächst. Das gibt mir Hoffnung.“

## Generalsekretäre unter sich

Bei seinem Antrittsbesuch bei Kofi Anan, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, äußerte der neue Generalsekretär des Weltkirchenrates, Sam Kobia, große Besorgnis über die weiter wachsende Gewalt im Irak und über die fortgesetzte Besetzung des Landes durch die USA.

Kobia wies darauf hin, dass auch der Irak einen Mechanismus entwickeln müsse, mit dem Wahrheit und Versöhnung Gestalt gewinnen können. Dies sollte auch die Aktionen der Besatzungsmacht mit einschließen. Eine größere Rolle der UNO im Land könne von Bedeutung für eine friedliche Zukunft im Irak sein, so Kobia, wenn sie aus dem Land selbst heraus gewünscht und nicht von außen aufgezwungen werde. Zugleich lobte er den UNO-Generalsekretär für sein unermüdliches Engagement in einer Zeit, in der internationale Kooperation immer stärker unter Druck komme. Er lud den Generalsekretär zu einer Grußadresse an die 9. Vollversammlung des Weltkirchenrates ein, die im Februar 2006 in Porto Alegre (Brasilien) stattfinden wird.

## Südafrika: Höchster Orden für Direktor des Antirassismusprogramms

Baldwin Sjollema, erster Direktor des Programms zur Bekämpfung von Rassismus, das 1969 vom Zentralausschuss des Oekumenischen Rates der Kirchen (OeRK) eingerichtet wurde, wurde in Pretoria vom südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki mit dem Oliver Tambo Award ausgezeichnet. Der niederländische Soziologe wird damit für seine Unterstützung der südafrikanischen Befreiungsbewegung, insbesondere für seinen Einsatz im Kampf gegen die Apartheid geehrt. Der „Orden der Gefährten von O. R. Tambo“ (Order of the Companions of O. R. Tambo) ist die höchste südafrikanische Auszeichnung, die an Ausländer vergeben wird. Der Orden ist nach Oliver Tambo benannt, der von 1967–1991 Präsident des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) war. Die Ehrung stellt für das OeRK-Programm zur Bekämpfung des Rassismus (PCR) ein Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung durch die südafrikanische Regierung dar. Seit seiner Gründung 1969 hat das PCR die Befreiungsbewegung im südlichen Afrika unterstützt. Eines der wirksamsten Hilfsmittel der Arbeit ist der OeRK-Sonderfonds zur Bekämpfung von Rassismus, aus dem jährliche Zahlungen an rassistisch unterdrückte Gruppen geleistet werden sowie an Organisationen, die die Opfer des Rassismus unterstützen. Der Fonds speist sich aus freiwilligen Beiträgen von Kirchen sowie von lokalen oekumenischen Gruppen und Projekten weltweit. Insgesamt hat das PCR der Antirassismusarbeit seit den 1970er Jahren mehr als 12 Millionen Dollar zur Verfügung stellen kön-

nen. Ebenso bedeutsam wie die finanzielle Unterstützung waren die ethischen und wirtschaftlichen Massnahmen des Oekumenischen Rats der Kirchen zur Zeit des Apartheid-Regimes in Südafrika. So entschied beispielsweise das Zentralkomitee des OeRK, die bisherigen Holdings zu verkaufen und alle wirtschaftlichen Kontakte mit solchen Unternehmen abzubrechen, die ihrerseits Handelsbeziehungen mit Südafrika unterhielten. Weiterhin hatte der Rat gefordert, alles Geld aus Banken und Firmen zurückzuziehen, die die Militärmacht des Apartheidsystems unterstützten. „War es legitim, dass sich die Kirche für wirtschaftliche und politische Belange einsetzt?“, fragt Sjollema rückblickend. „Ja“, antworteten wir. Kirchen und Christen sind verpflichtet, gegen die Apartheid Zeugnis abzulegen und den Kampf zu unterstützen, der Gerechtigkeit für Gottes Geschöpfe sucht.“ Die theologische Basis der Arbeit des PCR ist die Überzeugung, dass, wie Sjollema sagt, „jede Form von Diskriminierung, die sich auf Rasse, Farbe oder ethnische Abstammung gründet, dem Evangelium widerspricht und mit der christlichen Lehre vom Menschen ebenso unvereinbar ist wie mit dem Wesen der Kirche Jesu Christi“. Seit dem Ende des Apartheidregimes in Südafrika begannen das PCR und andere Anti-Rassismus-Programme, ihre Aufmerksamkeit verstärkt auf die Bedürfnisse indigener Menschen zu richten. Als Anwalt und Fürsprecher setzen sie sich weltweit für die Interessen ethnisch und rassistisch unterdrückter Minderheiten wie beispielsweise der Dalit in Indien ein.

## EU-Verfassungsentwicklung bleibt Herausforderung

Mit differenzierten Stellungnahmen reagierten die Vertreter der europäischen Kirchenkonferenz auf die Verabschiedung eines Verfassungsentwurfs für Europa durch die regierenden Exekutiven. „Wir begrüßen die Annahme einer europäischen Verfassung durch die Regierungschefs der EU“, sagte Pfr. Dr. Keith Clements, Generalsekretär der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK). „Nachdem ein erster Versuch zur Annahme der Verfassung im letzten Dezember gescheitert war, ist dies ein wichtiger Schritt in Richtung auf ein stärker vereintes Europa.“

Die Konferenz Europäischer Kirchen und ihre 125 Mitgliedskirchen aus der anglikanischen, alt-katholischen, orthodoxen und protestantischen Tradition haben die Entwicklung der Europäischen Verfassung begleitet. Pfr. Rüdiger Noll, Direktor der KEK-Kommission Kirche und Gesellschaft, fügte hinzu „Für uns als Kirchen ist es sehr wichtig, dass die Europäische Union mehr ist als nur ein Wirtschaftsmodell zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt. Deshalb freuen wir uns darüber, dass die Union nun gemäss Artikel I-2 und I-3 des endgültigen Textes auf gemeinsamen

Werten und Zielen beruht. In dieser Hinsicht ist der Einbezug der Charta der Grundrechte genauso bedeutsam. Wir freuen uns, dass die Politik der Europäischen Union und ihre Umsetzung durch die Mitgliedsstaaten auf diesen rechtlich verbindlichen Normen zum Schutz der Menschenrechte und der Menschenwürde beruht und daran gemessen wird.“ Ebenso schätzen es die Kirchen, dass mit der Verfassung die qualifizierte Mehrheit für Abstimmungen eingeführt und die Rolle des Europäischen Parlaments in Fragen von Asyl und Migration gestärkt wird.

Durch ihre Kommission Kirche und Gesellschaft hat die Konferenz Europäischer Kirchen dem Konvent über die Zukunft Europas und den jeweiligen EU-Präsidentschaften mehrere Beiträge unterbreitet (vgl. die KEK Website: [www.ccc-kek.org](http://www.ccc-kek.org)). Im Sinne dieser Eingaben begrüßt die KEK vor allem die Stärkung der sozialen Dimension der Politik und Aktion der EU in der letzten Fassung des Textes. Während des gesamten Prozesses hat die KEK verlangt, dass die soziale Dimension fester Bestandteil und Messlatte für jede EU-Politik und ihre Umsetzung sein sollte.

Viele Kirchen waren jedoch enttäuscht darüber, dass die Europäische Union, die sich nach ihren erklärten Zielen für die Förderung von Frieden und Sicherheit einsetzt (Artikel I-3) und die nach zwei verheerenden Weltkriegen als ein Friedens- und Versöhnungsprojekt begonnen hatte, so sehr die Verbesserung der „militärischen Fähigkeiten“ in den Mitgliedsstaaten betont (Artikel I-40), anstatt ihren Einsatz für Konfliktverhütung hervorzuheben, wie dies vom Europäischen Rat in Göteborg (2001) zum Ausdruck gebracht worden war.

Ein positiver Aspekt der neu angenommenen Verfassung ist, dass sie klarer die Zuständigkeiten der EU-Institutionen und der Mitgliedsstaaten definiert, die Rechtsverfahren vereinfacht und die Rechte und Handlungsmöglichkeiten des Europäischen Parlaments und der Zivilgesellschaft stärkt. Dies sind positive Entwicklungen und wichtige Vorbedingungen für eine breitere Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen am europäischen Einigungsprozess.

Im Lichte der Identität der Kirchen und ihres besonderen Beitrags zum Integrationsprozess auf europäischer Ebene sowie in den verschiedenen europäischen Ländern und Gesellschaften begrüßen die Kirchen die Aufnahme von Artikel I-51 in die Verfassung, derzufolge die Union den Status von Kirchen und Religionsgemeinschaften und ihre Glaubensüberzeugungen unter dem jeweiligen Landesrecht achtet. Außerdem wird die Union darin zu einem „offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog“ mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften verpflichtet.

Trotz der Anerkennung der Identität und des besonderen Beitrags der europäischen Kirchen in Artikel I-51 hätten viele der KEK-Mitgliedskirchen in der Präambel zu der

Verfassung gerne einen ausdrücklichen Bezug auf die christlichen Wurzeln Europas gesehen.

Bei allen positiven Zeichen hat das Projekt der EU-Verfassung aber auch Lücken in der Diskussion über Europas Zukunft aufgezeigt. Es ist dem Projekt nicht gelungen, Europa seinen Bürgern und Bürgerinnen näher zu bringen. Die geringe Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament war vor allem in den neuen Mitgliedsstaaten ein deutliches Anzeichen dafür.

Mit der Annahme der Verfassung auf der Regierungskonferenz ist der Prozess der Verfassungsbildung noch lange nicht abgeschlossen, sondern hat nur eine neue Phase erreicht. „Viel wird davon abhängen, inwieweit es den europäischen Institutionen selbst und den Politikern und Politikerinnen gelingen wird, die Identifizierung der europäischen Bürger und Bürgerinnen mit dem europäischen Einigungsprozess und der europäischen Verfassung zu erreichen. Hierin liegt eine große Herausforderung“, meinte der Direktor der KEK-Kommission Kirche und Gesellschaft.

## Wissensoffensive britischer Muslime geplant

Der Rat der Muslime in Großbritannien hat eine Material- und Medienpaket zusammengestellt, das an alle Grund- und weiterführenden Schulen in England verteilt werden soll. Schon jetzt sei an der Mehrheit englischer Schulen Islam als Weltreligion Unterrichtsgegenstand. Diese große Chance müsse der Rat ergreifen, um gegen negative Stereotypen des Islam weiter vorzugehen. Das Materialpaket mit dem Namen „Books4schools“ wurde in einem Pilotprojekt in Manchester an etwa 100 Schulen verteilt. Bei dieser Gelegenheit wies Shabana Khan vom Rat der Muslime darauf hin, dass es nicht allein um die Verteilung von Büchern gehe, sondern auch um entsprechende Begleitprogramme für die Lehrer und Lehrerinnen. Öffentliche Schulen in England sind per Gesetz verpflichtet, Religionsunterricht ebenso wie ein tägliches Gebet anzubieten, das sich aus dem christlichen Erbe speisen soll, wenngleich die anderen Religionsgemeinschaften Berücksichtigung finden müssen. Der Staat finanziert darüber hinaus auch Privatschulen unterschiedlicher Religionsgemeinschaften.

## US-Evangelikale: Regierung hat soziale Verpflichtung

Während die evangelikalen Vereinigungen in den USA häufig nur als Hauptstützen des politischen Konservatismus angesehen werden, berichtete die „Los Angeles Times“ am 21. Juni, dass die „National Association of Evangelicals“ ein Grundlagenpapier für politisches Engagement diskutiere, das stark die biblischen Aspekte von sozialer und politi-

scher Gerechtigkeit unterstreiche und vor jeder zu engen Verbindung mit einer politischen Partei warne. Der Entwurf betone aus Glaubensgründen die Verpflichtung der Regierung zum Schutz der Armen, der Kranken und Behinderten; dabei gehe es konkret um gerechte Löhne, Gesundheitsfürsorge, Ernährung und Erziehung. Laut „Los Angeles Times“ hebt das evangelikale Grundlagenpapier hervor, dass Christen eine heilige Pflicht zur Bewahrung der Schöpfung haben.

## Indien: Kirchliche Gemeinschaft als Zeichen der Einheit

Drei indische Kirchen haben ihre Vereinigung gefeiert: Als „Communion of Churches in India“ (CCI) haben sich drei Kirchen vereinigt, die alle drei der anglikanischen Kirchengemeinschaft nahe stehen und ihre Wurzeln in der Kolonialzeit haben. Anlässlich des großen Festaktes Ende Mai in New Delhi, der die „Kirche von Nordindien (CNI)“, die „Kirche von Südindien (CSI)“ und die „Mar Thomas Kirche“ zusammenführte, erklärte Bischof Zakariah James Terom von der CNI, jetzt im Präsidium der neuen Kirchengemeinschaft, die sichtbare Einheit überwinde den Geist aus der Kolonialzeit, als die Kirchen sich im Wettbewerb zueinander sahen und Misstrauen gegeneinander hegten. Auch der römisch-katholische Erzbischof von Delhi, Vicent Concessao, war unter den Gästen. Die Delegierten der drei Kirchen hatten eine neue gemeinsame Konstitution verabschiedet, die den schon seit 1978 existierenden gemeinsamen Rat ersetzt.

Nach der Feier erklärte die CCI, sie verstehe diese Feier als gemeinsame, sichtbare Manifestation der Einheit, des Zeugnisses und des Dienstes. Die gegenseitige Akzeptanz der Bibel, der Glaubensbekenntnisse, der Taufe, der Eucharistie und des Amtes werde, so der Sekretär der CCI, Abraham Athyal, den Gedanken der Oekumene bis an die Basis weitertragen. Bislang sei die Oekumene oft ein Ereignis auf Konferenzen und Treffen der Hierarchie gewesen. Jetzt könne Oekumene konkret praktiziert werden. Mit der von der CCI approbierten gemeinsamen Liturgie werden anglikanische und protestantische Traditionen mit denen der „Mar Thomas Kirche“ zusammengeführt, die sich auf die Gründung durch den Apostel Thomas im Jahre 52 zurückführt.

## Gerechtigkeit und Frieden in Indien gefordert

Kirchen und christliche Gruppen haben von der neuen indischen Regierung gefordert, die Sicherheit und Chancengerechtigkeit für die religiösen Minderheiten im Lande zu verbessern. Diese Forderung in der größten Demokratie der Welt wurde erhoben, nach-

dem das Parteienbündnis unter Führung der säkularen Indischen Kongresspartei (UPA), die Regierung unter der Führung der nationalistischen Hindupartei (Bharatiya Janata Party - BJP) abgelöst hat. In den letzten sechs Jahren hatte es zahlreiche Übergriffe durch Hindus gegeben, die sich besonders in einigen Bundesstaaten wie Gujarat und Orissa der stillschweigenden Billigung bzw. nicht erfolgender Strafverfolgung sicher sein konnten. Die Initiatoren des Appells, unter ihnen Vertreter der neuen CCI, unterstrichen die Bedeutung, die solche Korrekturen für den säkularen und demokratischen Charakter Indiens hätten. Das Recht auf Religionsfreiheit sei ein fundamentales Recht, so Bischof Terom. Unabhängig von diesen Erklärungen hat eine Gruppe von politischen Aktivisten, unter ihnen auch Christen, in Gujarat am 1. Juni eine Charta vorgelegt, die solche Forderungen an die indische Bundesregierung zusammenfasst, um den „Völkermord an den Muslimen und die Verfolgung der Christen“ in dem von der BJP regierten Land zu beenden.

Im indischen Bundesstaat Andhra Pradesh wurde nach einem erdrutschartigen Sieg der Kongresspartei ein Christ zum Regierungschef gewählt. Yeduguri Samuel Rajasekhara Reddy, ein Mediziner, will sich zuallererst um die Bauern und die Landwirtschaft kümmern. Reddy war nicht zuletzt durch einen Fußmarsch bekannt geworden, bei dem er im letzten Jahr bei Temperaturen von mehr als 50° Celsius durch die Gebiete zog, in denen sich mehr als 200 Bauern umgebracht hatten, weil sie die durch die Dürre und Missernten verursachte Schuldensituation nicht mehr ertragen konnten. Reddy wollte auf die katastrophale Situation dieser Bauern aufmerksam machen. Zu seiner Verteidigung kamen mehr als 30 000 Menschen aus dem ganzen Teilstaat in die Hauptstadt. „Wir sind sehr glücklich“, so Bischof B P Sugandhar von der CSI. In zahlreichen römisch-katholischen Gemeinden wurden Dankgottesdienste für die Wahl von Reddy angesetzt. Die 3,5 Millionen Christen des Landes machen lediglich vier Prozent der Bevölkerung aus.

### **Sambia: Innenminister greift „korrupte Geistliche“ an**

Sambias Minister für innere Angelegenheiten, General Ronnie Shikapwasha, hat in massiver Weise Kirchenvertreter seines Landes angegriffen und ihnen Korruption und Geldgier vorgeworfen. Eine wachsende Zahl von Geistlichen sei nicht bemüht Gott zu dienen, sondern suche persönlichen Vorteil. Anlässlich der Weihe Enock Njovus, eines Pastors der Kabulonga Baptist Church in Lusaka, erklärte Shikapwasha, der selbst Pastor im Family Worship Centre in Lusaka ist, vielen Geistlichen liege nicht das Wachstum der Kirche am Herzen, sondern die Vorteile, die sie aus der Arbeit für die Kirche ziehen könnten, die Möglichkeit große Autos

zu kaufen und in schönen Häusern zu wohnen. Er rief die Kirchen seines Landes auf, eine führende Rolle beim Kampf gegen die Korruption zu übernehmen und die Regierung in ihren Bestrebungen zu unterstützen. Direkt griff er dabei die Zahlungen und Geschenke auf, die zahlreiche Kirchenführer während der Amtszeit von Präsident Frederick Chiluba (1991-2001) erhalten haben. Er forderte sie auf, sich zur Herkunft dieser Gelder zu äußern und zu belegen, dass diese nicht aus dunklen Kanälen stammten. Vielen Kirchenvertretern im Land wird nachgesagt, sie hätten von Chiluba Gelder aus dessen „Präsidenten Verfügungs fonds“ erhalten. Der Moderator der Synode der Vereinigten presbyterianischen Kirche Sambias, Rev. Baldwin Kandinda, äußerte sich skeptisch zu den Forderungen Shikapwaschas; es sei letztlich unmöglich, festzustellen, ob die Gelder korrekten Ursprungs seien.

Bei einer anderen Priesterweihe der anglikanischen Kirche Sambias äußerte sich auch der australische Erzbischof John Hepworth enttäuscht über die Rolle der Kirchen des Landes. Diejenigen Mitglieder oder Verantwortlichen in der Kirche, die dem Land Schaden zugefügt hätten, müssten aus der Gemeinschaft ausgeschlossen werden, so Hepworth, der der Vorsitzende der weltweiten Anglikanischen Hochkirchlichen Gemeinschaft ist.

### **Sudan: Missbrauch und Enteignung kirchlichen Besitzes**

Mit einer Demonstration vor der sudanesischen Botschaft in Washington D.C. hat eine Gruppe der amerikanischen Anglikanischen Kirche unter Führung des Weihbischofs von Virginia, Francis Campbell Gray, versucht, auf die humanitäre Situation in diesem Lande aufmerksam zu machen. Im ganzen Sudan gebe es zunehmend Übergriffe gegen die Menschenrechte. In der Hauptstadt Khartoum seien kirchliche Büros geschlossen und die Angestellten aus den Räumen verschleppt worden. Auch in Darfur im Westen des Sudan sei es zu Übergriffen gekommen. Nach Angaben von internationalen Menschenrechtsorganisationen agieren dort arabische Gruppen gegen die schwarze Bevölkerung in einer Weise, die „ethnische Säuberung“ genannt werden müsse. Die Situation habe sich so verschlimmert, dass auch die Verteilung der dringend benötigten Nahrungshilfe betroffen sei. Entsprechend bezeichnen die Vereinten Nationen die Lage im Südsudan als die zurzeit weltweit schlimmste Situation. Dem schlossen sich sowohl Vertreter von DanishChurchAid an sowie der oekumenische Hilfswerkverbund „Action by Churches Together (ACT)“. Eine tragische Realität sei die Gewalt im Sudan auch weiter geblieben, so US-Bischof Griswold; auch in einer Situation, wo viele gehofft hatten, dass sich eine Friedensregelung für den Sudan abzeichnen könnte.

Auch die Gesamtafrikanische Kirchenkonferenz (AACC) hat warnend auf einen Völkermord vor den Augen der Welt im Sudan hingewiesen. Die Situation erinnere an die Verhältnisse in Ruanda vor zehn Jahren. Den afrikanischen Staaten warf AACC-Generalsekretär, Rev. Mvume Dandala, vor, die Hilferufe zu überhören und mehr daran interessiert gewesen zu sein, die sudanesischen Regierung wieder in die UNO-Menschenrechtskommission in Genf gewählt zu sehen, als der drohenden Katastrophe zu wehren. Sollte sich erneut eine solche Katastrophe wie in Ruanda vor unseren Augen ereignen, wäre dies ein „Schandmal für unsere ganze heutige Generation“, so Dandala.

### **Kanada: Abstimmung über Segnung verschoben**

Die Delegierten der Generalsynode der Anglikanischen Kirche von Kanada haben beschlossen, die Entscheidung darüber, ob es in ihrer Kirche Segnungen gleichgeschlechtlicher Paare geben soll, auf das Jahr 2007 zu verschieben. Vorangegangen war die Entscheidung dreier aufeinanderfolgender Synoden der Diözese New Westminster und der dann erfolgten bischöflichen Approbation durch Bischof Michael Ingham. Der von manchen als tragbarer Kompromiss verstandene Beschluss sieht vor, auf der Synode 2006 einen Bericht vorzulegen, ob es sich bei dieser Frage um eine Angelegenheit der Dogmatik und des Bekenntnisses handelt, die dann auf der Synode 2007 behandelt werden könnte. Die Entscheidung zur Vertagung fiel mit nur kleinen Mehrheiten von 142 zu 118 bei den Priestern und Laien, sowie mit 22 zu 12 unter den Bischöfen dagegen deutlich aus. Dem Vernehmen nach hatte besonders die Intervention der Delegierten der indianischen Ureinwohner zur Vertagungsentscheidung beigetragen.

### **Kuba: Aufruf zum Dialog**

Aufgrund der US-amerikanischen Sanktionen gegen Kuba, die zur verheerenden wirtschaftlichen Situation weiter beiträgt, wächst die Forderung nach einem nationalen Dialog auf der Insel. Dem schlossen sich jetzt auch Oppositionsführer und Kirchen an, um die Zukunft der Nation miteinander zu beraten. Die Situation sei so schwierig geworden, seitdem George W. Bush angekündigt habe einen Umsturz der Verhältnisse auf Kuba herbeiführen zu wollen. Sie könne nun mit der Lage vom Oktober 1962, der Raketenkrise, verglichen werden, so Enrique Lopez Oliva, Journalist und Autor in einem Interview. Die Erhöhung der Grundversorgungsgüter durch die Regierung, die Verringerung der Unterstützungsleistungen durch Exilkubaner in den USA und die massiv verschärften Reiseerschwernisse zwischen Kuba und den USA hätten zu einem Klima

großer Furcht und Angst unter den Menschen geführt. Gerade die Gefahr einer neuen Auswanderungswelle besonders junger Kubaner und die Sicherheitslage rund um die Botschaften geben Anlass zu größter Besorgnis, so Lopez. Die neuen US-amerikanischen Bestimmungen erlauben zukünftig Exilkubaner nur noch alle drei Jahre eine Reise in die alte Heimat und reduzieren die Summe, die sie dort täglich ausgeben dürfen von US-Dollar 164 auf US-Dollar 50. Damit solle der Umlauf ausländischer Währungen auf dem Inselstaat reduziert werden. Die Katholische Bischofskonferenz des Landes hat eine derartige Maßnahme in einer Erklärung als ausländische Intervention zurückgewiesen: „Wir halten es für inakzeptabel, dass die Zukunft Kubas auf der Basis von gesellschaftlichem Ausschluss gestaltet werden soll. Ebenso wenig dürfen ausländische Regierungen uns diktieren, welche Politik wir zu verfolgen haben. Fast zeitgleich hatten auch die evangelischen Kirchen auf der Insel in einer Versammlung gefordert, es müsse angesichts der Lage zu einem umfassenden Dialog aller gesellschaftlichen Gruppen bis hinauf zur Regierung geben.“

### Orthodoxie: Streit zwischen griechischer Kirche und Oekumenischem Patriarchat angeblich beigelegt

Der griechischen Regierung soll es gelungen sein, einen Streit beizulegen, der sich zu einem Schisma zwischen der nationalen griechisch-orthodoxen Kirche in Griechenland und dem Oekumenischen Patriarchat mit Sitz in Istanbul hätte ausweiten können. Anlass zu dem Streit war die Weihe dreier Bischöfe für vakante nordgriechische Diözesen, die erst 1912 durch das Osmanische Reich zu Griechenland gelangt waren. Hier liegt das Recht zur Bischofswahl beim Oekumenischen Patriarchat. Der griechische Erzbischof Christodoulos hatte vor einer Klärung kurzerhand die Weihe vorgenommen. Die Auseinandersetzung führte bereits zum Abbruch der Beziehungen zwischen den beiden Kirchen und hat die weltweite orthodoxe Gemeinschaft tief gespalten.

### Schweden: Ureinwohner wollen eigene Kirchenstrukturen

Das Volk der Samen, die ursprünglichen Bewohner und Bewohnerinnen Schwedens, hat sich durch sein eigenes Parlament an den Lutherischen Kirchenrat gewandt, sich seiner Probleme anzunehmen. Kirchenrechtlich gehören die Samen heute zu zwei verschiedenen Diözesen im Norden Schwedens, Haernosand und Lulea. „Es sei unnatürlich für ihr Volk“, so Bo Nilsson, eines der samischen Parlamentsmitglieder, „dass wir zu zwei verschiedenen Diözesen gehören.“

„Wir wollen innerhalb der Schwedischen Kirche unsere eigene Kirchenstruktur haben, die allerdings nicht an geographische Grenzen gebunden sein soll. So könnten wir in einer Erzdiözese untereinander und mit der Kirche Schwedens verbunden sein.“ Die jetzige Struktur erschwere den Gebrauch der eigenen Sprache und die Abhaltung gemeinsamer Gottesdienste. Eine provinzenunabhängige Kirche würde ihnen erlauben, eigene Priester anzustellen und die eigene Liturgie zu entwickeln. „Die Frage eigener Kirchenstrukturen ist unser wichtigstes Anliegen, seit wir 1993 ein eigenes Parlament erhalten haben“, so Nilsson gegenüber dem Sami-Radio. Die schwedische Kirche wird sich mit diesem Wunsch nach dem Sommer befassen. Das Parlament der Samen ist eine Körperschaft mit 31 Mitgliedern, mit einer sowohl gewählten Versammlung wie auch einer Regierungsbehörde. Etwa 80 000 Samen leben in allen Ländern des europäischen Nordens und in Russland. Im Sommer 2004 wollen sie zu einer Art Kirchentag zum ersten Mal aus allen diesen Ländern zusammenkommen.

### Deutschland: Christtag ohne Jesus

Ein Handbuch, das die Bundesregierung herausgegeben hat, um Neueinwanderern einen Überblick über das Land zu vermitteln, hat es geschafft, bei der Beschreibung des Weihnachtsfestes zwar auf „Santa Claus“ zu verweisen, nicht jedoch auf die Geburt Jesu. Insgesamt werden nur ganze 20 Zeilen für Religion erübrigt. In der Online-Variante des Buches ([www.handbuch-deutschland.de](http://www.handbuch-deutschland.de)), das die Beauftragte der Bundesregierung für Migration und Flüchtlinge herausgegeben hat, um zuwandernden Menschen hiesige Verhältnisse näher zu bringen, seien bereits einige Stellen korrigiert, so Monika Lücke vom Büro der EKD bei der Bundesregierung. Die gedruckte Ausgabe werde allerdings weiter in sechs verschiedenen Sprachen verteilt. Die großen Kirchen haben verlauten lassen, dass sie über eine solche Präsentation konsterniert seien.

### Russland: Krishna-Tempel für Moskaus Vorstadt

Mit Geld des US-amerikanischen Millionenerben Alfred Ford will die Hare-Krishna-Bewegung in der russischen Hauptstadt ihren europaweit größten Tempel errichten. Mit einer Höhe von 38 Metern und Platz für 8000 Gläubige soll das Bauwerk in der Nähe des Flughafens Scheremetjewo im Nordwesten der Stadt entstehen. Mit diesen Dimensionen konkurriert es mit der gerade wieder errichteten russisch-orthodoxen Erlöser-Basilika und hat entsprechend bereits Protest aus den Reihen der orthodoxen Kirche hervorgerufen. Im Januar erhielt das „Russische Zentrum der Gesellschaften der Krishna-

Anhänger“ als Dachverband vom Moskauer Bürgermeister Yuri Luzhkov die Baugenehmigung. Eine anerkannte Religionsgemeinschaft ist die Bewegung bereits seit 1988, als sie unter Michael Gorbatschow offiziell registriert wurde.

### Religiöse Freiheit nicht überall verwirklicht

Auch angesichts von erkennbaren Fortschritten sei die Religionsfreiheit im Irak wie auch in Afghanistan nicht voll verwirklicht, so die Unabhängige Kommission über internationale Religionsfreiheit (gegründet 1998) der US-amerikanischen Regierung. Sie fügte im ihrem letzten Jahresbericht sechs Länder neu der Liste hinzu, die zu Besorgnis Anlass gäben: Eritrea, Indien, Pakistan, Saudi-Arabien, Turkmenistan und Vietnam. Auf der Liste stehen bereits Burma, China, Nordkorea, der Iran und der Sudan.

In Afghanistan habe es zwar nach dem Fall der Taliban erkennbare Fortschritte gegeben, die neue Verfassung kenne aber keinen Passus, der ausdrücklich den Schutz der Freiheit des Gewissens, der Gedanken und der Religionsausübung vorsehe; zugleich aber werde einschränkend hervorgehoben, dass keine Gesetz sich gegen die Glaubenswahrheiten und Überlieferungen des Islam richten dürfe.

Die fortdauernde Unterdrückung der Religionsfreiheit in China bleibe weiterhin eine erklärte Politik des Staates. Die chinesischen Autoritäten hätten sogar ihre gewaltsamen Kampagnen gegen evangelische und römisch-katholische Christen verstärkt, aber auch gegen tibetische Buddhisten und andere Gruppen wie die Falun Gong Sekte. Scharf wurde Saudia-Arabien angegriffen, ein enger Verbündeter der US-amerikanischen Regierung. Es sei ein Land, in dem Religionsfreiheit schlicht nicht existiere und die Regierung auch nur eine Interpretation des sunnitischen Islams öffentlich dulde.

Der Bericht kann in seiner Gänze unter [www.uscifr.gov](http://www.uscifr.gov) eingesehen werden.

(Bei Meldungen aus der internationalen Oekumene wurden in Ergänzung zu eigenen Recherchen Agenturmeldungen von ENI ausgewertet, außerdem die Presseedienste von OeRK, LWI, RWF und CEC.)

Stiftung Oekumene

Konto 100 008

BLZ 500 502 01

bei der Frankfurter Sparkasse

## Aus oekumenischen NETZEN

### ► Bremen

#### „Gesucht: das Beste für die Stadt“ Oekumenischer Stadtkirchentag

Die Gemeinden und engagierten Gruppen der Bremischen Kirchen sind von der ACK (Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Bremen) für die Zeit vom 19.-26. September 2004 zu einem Oekumenischen Stadtkirchentag unter dem an den Propheten Jeremia angelehnten Motto „GESUCHT: das Beste für die Stadt“ aufgerufen worden. Vier Themenfeldern geben dem Stadtkirchentag sein inhaltliches Profil: Neben den Themen „Mensch und Beziehung“, „Spiritualität und Begegnung“, die z.T. auch Fragen von Gerechtigkeit und Frieden aufnehmen, werden in folgenden zwei Bereichen die Schwerpunkte der Arbeit der Oekumenischen Initiative Bremen eingebracht.

#### Themenfeld „Glaube und Globalisierung“

Dass Menschenrechte, Umwelt- und Sozialstandards Vorrang haben müssen vor der Freiheit des Marktes wird zum Stadtkirchentag besonders durch die auch von evangelischen Frauen mit initiierte Clean Clothes Campaign mit vielfältigen Aktionen gezeigt. Die parallel stattfindende bundesweite „faire Woche“ ist mit einer Konzertlesung der Grupo Sal mit Siegfried Pater zum „fairen Handel“ eingebunden. In einer zentralen Podiumsveranstaltung wird u.a. über Frauenhandel/Zwangsprostitution als kriminelle Variante der Handelsfreiheit diskutiert werden.

#### Themenfeld „Gewalt überwinden und Frieden fördern“

Neben der zentralen Veranstaltung zu diesem Themenfeld des Stadtkirchentages mit Paul Oestreicher und Geiko Müller Fahrenholz, die den Fragen von Versöhnung in politischen Konflikten nachgeht, werden unterschiedliche Erfahrungen und Arbeitsansätze vorgestellt: „Compassionate listening“, einfühlsames Zuhören, um durch Gewalt traumatisierten Menschen z. B. in Israel/Palästina durch Erzählen/Zuhören Heilung zu ermöglichen; „unsichtbares Theater“ der katholischen Jugend wird Konflikte, sprich „Anmache“ und „Rempelen“ in der Fußgängerzone inszenieren; die Gefängnisseelsorge baut auf dem Marktplatz von Bremen eine Zelle in Originalgröße auf und sorgt für Gesprächsgruppen im Knast mit dortigen Insassen; darüber hinaus sind eine (ausleihbare!) Ausstellung „Vorherrschaft einer Weltmacht – mit Gottes Segen?“, das Thema „Rüstungsexport“ sowie Seminare zusammen mit der Uni Bremen u.a. zur Friedens-

ethik, zu Akzeptanz von Gewalt und seitens der Oekumenischen Initiative zum „Umgang mit Gewalt in der Altenpflege“ zu erwähnen. (siehe auch [www.stadtkirchentag-bremen.de](http://www.stadtkirchentag-bremen.de))

#### Dekade zur Überwindung von Gewalt

Als inhaltlichen Bezugspunkt zur oekumenischen Dekade zur Überwindung von Gewalt befasst sich die Oekumenische Initiative Bremen mit Fragen struktureller Gewalt wie sie im Prozess der ökonomischen Globalisierung zu Tage treten. Vereinzelt Gemeindegemeinschaften zu „Oekumene und ökonomische Globalisierung“ und Veranstaltungen u. a. zur Welthandelskonferenz in Cancun (Mexico) mit VertreterInnen des Evangelischen Entwicklungsdienstes (eed), von [erlassjahr.de](http://erlassjahr.de), von attac sowie des reformierten Bundes, der Mitglied bei attac geworden ist, spannten im vergangenen Jahr der Bogen von der internationalen Handlungsebene zur nationalen. Der Kirchentag der Bremischen Evangelischen Kirche (vergleichbar den Synoden anderer Landeskirchen) befasste sich im Mai 2004 mit Anträgen mehrerer Gemeinden zu „Gerechtigkeit und Sozialabbau angesichts ökonomischer Globalisierung“, um auch an die EKD zurückzumelden, dass von dort eine deutliche Besinnung auf die Ausrichtung des Sozialworts der Kirchen von 1997 erwartet werde. Mit derselben Stoßrichtung wurde am 11. Juni durch den Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt (KDA) ein Hearing zu den sozialen Folgen der Agenda 2010 durchgeführt.

Die Ergebnisse der Beratungen werden im September während des Stadtkirchentages eine wichtige Rolle spielen.

#### „Afrikanische Verhältnisse“ – Auf dem Weg zu Frieden und Demokratie

Im Januar und Februar des Jahres wurde mit der von über 400 Teilnehmenden genutzten Veranstaltungsreihe „Afrikanische Verhältnisse“ – Auf dem Weg zu Frieden und Demokratie“ beispielhaft die Situation der vier Länder Togo, Kenia, Angola und Südafrika vorgestellt. Hat in Togo – Afrikas ältester Diktatur – die Demokratie keine Chance? Warum konnten in Kenia demokratische Wahlen zum Erfolg der Opposition führen? Stirbt die Zukunft Südafrikas an Aids? Wer bestimmt über Angolas Weg zu Frieden und mehr Demokratie?

Jenseits der Klischees von Hunger, Krieg und Katastrophen wurden auch Begegnungen und Gespräche mit in Bremen lebenden AngolanerInnen und TogoerInnen möglich. Zum Auftakt sprach Dominic Johnson („taz“) zum Thema „Was prägt unser Afrikanbild?“ Den Abschluss der Reihe bildete

eine Podiumsdiskussion unter der Fragestellung „Für Afrika qualifizieren statt abschieben“. Die Veranstalter, Angolagruppe Bremen, Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung, Brot für die Welt/Diakonisches Werk, Norddeutsche Mission, Oekumenische Initiative und der Verein Oekumenische Ausländerarbeit sind auf unterschiedliche Weise mit Afrika und den Menschen in oder aus Afrika verbunden. Sie wollen dazu beitragen, dass in Afrika der Weg zu Frieden und Demokratie gestärkt wird. Dazu gehört auch, hier lebende Flüchtlinge nicht zur Untätigkeit zu verdammen, sondern dafür zu qualifizieren, in ihren Herkunftsländern zur wirtschaftlichen und demokratischen Entwicklung beizutragen. In dieser Perspektive planen die Verantwortlichen eine Fortführung der Reihe im kommenden Frühjahr.

Kontakt: Oekumenische Initiative Bremen  
in forum Kirche, Holler Allee 75, 28209 Bremen  
Tel.: 04 21 / 3 46 15-36

### ► Niedersachsen

#### Grenzerfahrungen

Zu einer „Oekumenischen Pilgerfahrt mit dem Fahrrad“ lud wieder das Oekumenische Netz in Niedersachsen ein. Zusammen mit dem „Arbeitskreis Konziliarer Prozess“ hatte das Netz bereits in den Jahren 2000 und 2002 Fahrrad-Pilgerfahrten mit großen Gruppen entlang der Weser und der Ems veranstaltet. In diesem Jahr stand dann vom 11.-18. Juli eine weitere Pilgerfahrt mit zwei Gruppen am dritten großen Fluß Niedersachsens, der Elbe, auf dem Plan. Markante Stationen der Route waren Lüneburg, der Ausgangsort mit einem Pilgergottesdienst in St. Nikolai, dann Scharnebeck, mit dem Schiffshebewerk und dem Thema „Wasserstraßen“, Hitzacker mit „Hochwasser“, Dannenberg, Gorleben, Lüchow („bäuerliche Notgemeinschaft“) und schließlich Salzwedel (Bürgerinitiative, Gewaltfreie Konfliktbearbeitung mit „Kurve Wustrow“). Bei täglichen Wegstrecken um die 50 km wurden „inhumane Grenzziehung und ihre Nachwirkungen“ ebenso zu einem Fokus wie Elbtalauen und atomare Zwischenlager sowie zahlreiche wegsweisende Projekte, die der Natur ihr Recht zurückgeben und Gefährdungen des menschlichen Lebens verringern. Dafür war dann ein dem Pilgern angemessenes ruhiges Radeltempo angesagt.

Kontakt: Susanne Bergengruen, Alabasterweg 10  
30455 Hannover, Tel.: 0511 / 485 00 02

## ► Rhein-Mosel-Saar

### Globales Spiel um Kopf und Kragen

Ende 2004 läuft das Welttextilabkommen der Welthandelsorganisation (WTO) aus, und die Mengenbeschränkungen (Quoten) fallen weg, die den internationalen Textil- und Bekleidungshandel in den letzten Jahrzehnten geprägt haben. Durch diese Liberalisierung werden vor allem in armen Staaten Millionen Arbeitsplätze vernichtet. Mit den Folgen dieser Entwicklung setzt sich eine vom Oekumenischen Netz Rhein-Mosel-Saar sowie dem Institut SÜDWIND herausgegebene neue Studie auseinander und stellt einzelne Länderbeispiele (China, Indonesien, Kambodscha und die EU) sowie Handlungsoptionen vor.

Die Textil- und Bekleidungsindustrie ist ein Paradebeispiel für die Widersprüchlichkeiten und die Entwicklungssackgasse, zu denen der Prozess neoliberaler Globalisierung führt: Einerseits setzten die Industrieländer in den letzten Jahrzehnten ihre protektionistischen Interessen durch und schützten Teile ihrer eigenen Textil- und Bekleidungsindustrie. Andererseits kam es gerade durch die Quotenregelungen zu einem „Beschäftigungswunder“ in einigen Staaten der Dritten Welt, das mit ungeschützter Arbeit und daraus folgenden äußerst schlechten Arbeitsbedingungen für viele der beschäftigten Frauen erkauft wurde.

„Die Liberalisierung des Welttextil- und Bekleidungsmarktes wird von einschneidenden Strukturveränderungen begleitet. Dramatische Folgen treffen zahlreiche Produktionsländer und Industrien sowie Millionen von Beschäftigten“, so Ingeborg Wick vom SÜDWIND-Institut, eine der beiden Autorinnen der Studie.

Schien die Quotenregelung des Welttextil- und Bekleidungshandels lange Zeit ausschließlich ein Instrument zum Schutz der Industrien in den Industrieländern zu sein, kommen heute jedoch auch jene Entwicklungsländer in den Blick, denen diese Regulierung den Aufbau einer eigenen Industrie ermöglicht hat. Für wen bedeutet der Wegfall der Quoten eher Gefahren als Chancen? Worin bestehen sie im Einzelnen? Mit welchen Strategien können die Interessen der Beschäftigten in der weltweiten Bekleidungsindustrie unterstützt werden?

Die Broschüre untersucht die Entwicklung des Textil- und Bekleidungshandels in den letzten Jahrzehnten im Rahmen von GATT und WTO, stellt einzelne Länderbeispiele (China, Indonesien, Kambodscha und die EU) sowie Handlungsoptionen vor.

„Wir fordern eine Umorientierung der Welthandelspolitik: Regulierung und Liberalisierung dienen bisher beide vor allem der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Die Durchsetzung internationaler Arbeits- und Sozialstandards muss aber Priorität in den Verhandlungsrunden der WTO gewinnen.

Handel und VerbraucherInnen müssen in diesem ‚Spiel um Knopf und Kragen‘ ihren Teil der Verantwortung übernehmen. Es darf nicht so sein, dass bei uns die Preise für Kleidung weiter sinken und die soziale Lage der ArbeiterInnen noch schlechter wird“, so die zweite Autorin der Studie, Sabine Ferenschild (Oekumenisches Netz).

Weitere Informationen: Sabine Ferenschild

Pfarrer-Werner-Mörchen-Str. 1, 56564 Neuwied

Tel.: 026 31 / 35 41 40

oekumenisches.netz@t-online.de

sowie: SÜDWIND, Lindenstr. 58-60, 53721 Siegburg

## ► Württemberg

Es gibt Themen, deren Bedeutung allgemein anerkannt sind. Dennoch finden sie schwer Eingang in eine breite Diskussion. Das Thema „Wirtschaft im Dienst des Lebens“ ist dafür ein Beispiel. Das Oekumenische Netz Württemberg (OeNW) bietet nun Material zum leichteren Einstieg an. Eine Karikatur, als Kopiervorlage wie als Plakat verfügbar, kann als Gesprächseinstieg für Gruppen genutzt werden. In einem Beiheft finden sich ein Einführungstext und Veranstaltungsvorschläge sowie eine Adressliste für ReferentInnen.

Das Material kann gegen einen frankierten A4-Rückumschlag (1,53 €) kostenlos bestellt werden.

Kontakt: Oekumenisches Netz Württemberg

Johanna Moltmann-Hermann, Riedhöfe 2

88410 Bad Wurzach, Tel.: 075 64 / 44 79

oenw.hermann@gmx.de

## Aus Gruppen und Bewegungen

### ► Kairos Europa



### Für eine gerechte Globalisierung und eine Wirtschaft im Dienst des Lebens

#### Offener Brief

an die Gemeinden und Leitungen der Gliedkirchen der ACK

*Liebe Brüder und Schwestern,*

auf Initiative von Kairos Europa, einem oekumenischen Basisnetzwerk im konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, trafen wir uns als Glieder der Kirchen in Deutschland vom 23. bis 25. April in Frankfurt/M. Im Mittelpunkt dieses Treffens stand der oekumenische Prozess für gerechte Globalisierung. Zu diesem rufen schon seit 1997/1998 der Oekumenische Rat der Kirchen (OeRK) sowie der Reformierte und der Lutherische Weltbund (RWB und LWB) ihre Mitglieds-

kirchen auf. Hintergrund ist die Globalisierung der Wirtschaft nach neoliberalen Muster, die weltweit der Verarmung und Verelendung von immer mehr Menschen Vorschub leistet, während eine Minderheit von Menschen Reichtum in unvorstellbaren Dimensionen anhäufen kann. Dadurch werden nicht nur die Gesellschaften, sondern auch der Leib Christi gespalten. Weitere Konsequenzen sind die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die Verursachung von Gewalt und Krieg.

Inzwischen ist der oekumenische Prozess vorangeschritten. In allen Kontinenten wie auch auf weltweiter Ebene fanden wichtige Versammlungen statt. Die Konsultation westeuropäischer Kirchen, die im Juni 2002 in Soesterberg/Niederlande stattfand, schrieb in ihrem Brief: „Um der Integrität ihrer Gemeinschaft und ihres Zeugnisses willen sind Kirchen aufgerufen, gegen die neoliberale Wirtschaftslehre und -praxis aufzutreten und Gott zu folgen.“ Die Generalsekretäre von OeRK, RWB, LWB und der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) baten schon im September 2002 die Kirchen in Westeuropa, „sich auf die Debatten in den Vollversammlungen vorzubereiten, indem sie auf die Herausforderungen der ökonomischen Globalisierung in verbindlicher Weise antworten – sowohl durch breite Diskussionsprozesse wie auch durch Entscheidungen in den zuständigen Gremien“.

Wir wissen, dass in manchen Gremien inzwischen an diesen Fragen gearbeitet wird. Wir bitten die Kirchenleitungen aber dringlich, überall dort, wo dies noch nicht der Fall ist, die Auseinandersetzung mit der Globalisierung in die Wege zu leiten und vor allem auch die Gemeinden über diesen oekumenischen Prozess umfassend zu informieren und sie an diesen für Kirche

und Gesellschaft lebenswichtigen Fragen – auch zur Vorbereitung auf die Vollversammlung des OeRK 2006 in Porto Alegre –, teilnehmen zu lassen. Schließlich geht es bei diesen Fragen nicht nur um das Nord-Süd-Verhältnis. Inzwischen sind auch die Menschen in unserem Land massiv betroffen, da unter Verweis auf die vermeintlichen Zwänge der Globalisierung der Sozialabbau vorangetrieben, die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter geöffnet und zudem die ökologische Erneuerung verhindert wird. Das steht im eklatanten Widerspruch zur biblischen „Ökonomie des Genug für alle“ (vgl. z. B. Exodus 16) und zu Gottes Option für die Armen, der Kirchen verpflichtet sind. Zur Durchsetzung einer Wirtschaft im Dienst des Lebens aller schlagen wir bereits jetzt folgende praktische Schritte vor:

**I. Wir bitten die ACK dringend, auf deutscher und europäischer Ebene einen breiten Konsultationsprozess auf biblischer Grundlage zur Lebensfrage der globalen sozialen und ökologischen Gerechtigkeit einzuleiten, um alle Ebenen der Kirchen an der Vorbereitung der für 2007 geplanten 3. Europäischen Oekumenischen Versammlung im konziliaren Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung zu beteiligen.**

**II. Die Kirchenleitungen rufen wir auf, klar und eindeutig gegen folgende durch die neoliberale Globalisierung forcierte Missstände Stellung zu beziehen:**

**1.** Die Maßnahmen der westlichen Industrieländer, die Privatisierung der Dienstleistungen zur Grundversorgung der Bevölkerungen (Bildung, Gesundheit, Wasser, Energie, Transport) voranzutreiben, müssen unbedingt verhindert bzw. rückgängig gemacht werden. Vor allem Wasser darf nicht zur Ware gemacht werden, denn es ist eine allen gegebene, lebensnotwendige Gabe des Schöpfers – der Zugang zu Wasser ist ein Menschenrecht. Die Privatisierung führt dazu, dass nur noch Kaufkräftige in der Lage sind, diese für das Leben der Menschen grundlegenden Dienstleistungen in hinreichender Qualität in Anspruch zu nehmen. Deshalb fordern wir die Kirchenleitungen dringend auf, unserer Regierung und Opposition öffentlich und unzweideutig im Bündnis mit sozialen Bewegungen und Gewerkschaften zu erklären, dass diese sensiblen Bereiche aus den Verhandlungen zu GATS (Allgemeines Abkommen zu handelsbezogenen Dienstleistungen) in der Welt Handelsorganisation (WTO) und aus den Liberalisierungsabschnitten im EU-Verfassungsentwurf herausgenommen werden müssen.

**2.** Die Parteien in Deutschland überbieten sich in ihren Steuer„reformen“ – im Widerspruch zur im Grundgesetz (Art. 14.2) vorgeschriebenen Sozialpflichtigkeit des Ei-

gentums –, Besserverdienende, Vermögende und Unternehmen steuerlich zu entlasten. Auch lassen sich die Regierungen erpressen, nicht wirksam gemeinsam gegen Steuervermeidung und -flucht vorzugehen. Folge ist die zunehmende Verschuldung der öffentlichen Haushalte und daraus abgeleiteter Sozialabbau. Deshalb fordern wir die Kirchenleitungen dringend dazu auf, öffentlich und unzweideutig für eine höhere, verfassungsgemäße Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen einzutreten; außerdem für eine Einbeziehung aller Einkommensarten, inklusive Kapitaleinkommen, in die solidarischen Sicherungssysteme, um eine Bürgerversicherung für alle Menschen finanzierbar zu machen.

**3.** Auf dem Hintergrund der Massenerwerbslosigkeit ist es unverantwortlich, die Wochen- und Lebensarbeitszeit zu verlängern. Stattdessen bedarf es einer Umverteilung der verfügbaren Erwerbsarbeit durch Arbeitszeitverkürzung. Deshalb fordern wir die Kirchenleitungen dringend dazu auf, hierfür einzutreten und zudem in Kirche, Diakonie und Caritas der Versuchung zu widerstehen, sich mit der Auslagerung (Outsourcing) von Diensten dem Trend zu nicht existenzsichernder Billiglohnarbeit anzupassen, worunter allem voran Frauen zu leiden haben.

**III. Wir selbst verpflichten uns und laden die Gemeinden und Kirchen dazu ein, zu beginnen oder zu verstärken, was schon an Alternativen möglich ist, und so lebensfähige und Freude bereitende Gemeinschaften im Gegensatz zum Konkurrenzindividualismus zu bauen, so z. B.:**

**1.** beim Konsum auf ökologische, sozialverträgliche und fair gehandelte Produkte zu achten und alternative Energien zu nutzen, insbesondere auch in kirchlichen Einrichtungen sowie beim kirchlichen Beschaffungswesen;

**2.** im Umgang mit Geld nur ökologisch und sozial verantwortliche Geldanlagen zu tätigen (z. B. bei Oikocredit und alternativen Banken bzw. Fonds) sowie Tauschringe und Regionalwährungen in Gemeinden und Kommunen zu fördern.

Mit diesem offenen Brief möchten wir Kirchenleitungen und Gemeinden dazu einladen, den oekumenischen Prozess und somit die Auseinandersetzung mit der Globalisierung in den deutschen Landes- und Freikirchen auf eine breitere Basis zu stellen und zu intensivieren, damit es noch vor der Versammlung des OeRK in Porto Alegre zu Entscheidungen in den zuständigen Gremien auf allen Ebenen kommen kann. Da alle Menschen, gleich welchen Glaubens, von der Globalisierung und ihren Folgen betroffen sind, und da der vorgeschlagene Konsultationsprozess zur Vorbereitung der 3. Europäischen Oekumenischen Versammlung gesamtöekumenisch erfolgen muss, bitten wir die römisch-

katholischen Kirchenleitungen und Laiengremien, diesen Prozess schon jetzt mitzugestalten und mitzutragen.

In der Hoffnung auf viele neue Kooperationspartner im oekumenischen Prozess grüßen wir im gemeinsamen Glauben an Jesus Christus, der seinen Einsatz für die Armen, Unterdrückten und Ausgeschlossenen im Konflikt mit dem Römischen Imperium und den Reichen seiner Zeit mit dem Leben bezahlt und der uns durch seine Auferstehung die Hoffnung auf ein Leben in Fülle geschenkt hat.

*Die Teilnehmenden der bundesweiten Konferenz im oekumenischen Prozess „Wirtschaft(en) im Dienst des Lebens“.*  
Frankfurt/M., 23.–25. April 2004

Kontakt: Kairos Europa e.V., Hegenichstr. 22  
69124 Heidelberg, Tel.: 0 62 21 / 71 60 05  
info@kairoseuropa.de

## ► Wir sind Kirche



### Bisherige Pastoralkonzepte führten in die Sackgasse

Die Kirchenvolksbewegung „Wir sind Kirche“ verweist im Zusammenhang auch mit dem 95. Deutschen Katholikentag in Ulm auf die akuten pastoralen Probleme.

Schon jetzt seien viele Gemeinden ohne Priester und hätten deshalb oft auch keine sonntägliche Eucharistiefeyer mehr. Die an der immer geringer werdenden Zahl der Priester festgemachten Pastoralkonzepte hätten sich als Sackgasse erwiesen.

Wie religionssoziologische Studien (Prof. Andrew Greely and Prof. Michael Hout) immer wieder zeigen, seien in Deutschland mehr als 80 Prozent der praktizierenden Katholiken und Katholikinnen für die Aufhebung des Pflichtzölibats; die Frauen-Ordination werde von mehr als 70 Prozent befürwortet.

Die aus dem KirchenVolksBegehren 1995 hervorgegangene katholische Reformbewegung „Wir sind Kirche“ kritisiert die derzeit in vielen Diözesen stattfindende Zusammenlegung von Pfarrgemeinden zu unüberschaubaren Großgemeinden, da dieser „Kirchenumbau“ immer noch priesterzentriert sei und nur veraltete Strukturen stabilisiere.

Stattdessen müssten sich die Kirchenleitungen endlich für die innerkirchlichen Reformen öffnen, die von der großen Mehrheit des Kirchenvolkes erwartet werden und die der Communio-Theologie des Zweiten

Vatikanischen Konzils entsprechen. Angesichts der heutigen Herausforderungen und pastoralen Umbrüche sei eine mehr auf ehrenamtliche Kräfte begründete Kirche auch eine prophetische Chance.

Kontakt: Kirchenvolksbewegung „Wir sind Kirche“  
Hildesheimer Str. 103, 30173 Hannover  
Tel.: 0511/800010

## ► Oikocredit



### Wirtschaftliche Zusammenhänge mit solidarischem Handeln verbinden

„Es war und ist das Verdienst von Oikocredit, wirtschaftliche Zusammenhänge mit solidarischem Handeln zu verbinden. Betont wird dabei die eigenständige Entwicklung der Partner, das heißt, sie werden als selbstverantwortliche Geschäftspartner gesehen.“ Mit diesen Worten würdigte Dr. Paul Armbruster vom Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband die Arbeit von Oikocredit. Die internationale Oekumenische Entwicklungsgenossenschaft Oikocredit finanziert aus den Geldanlagen ihrer Mitglieder, zurzeit rund 200 Millionen Euro, langfristige und günstige Darlehen an Genossenschaften und Unternehmen in armen Ländern.

Armbruster hielt die Festrede zum 25-jährigen Bestehen des Westdeutschen Förderkreises von Oikocredit. Trotz strömenden Regens waren rund 300 Gäste zur Jubiläumsveranstaltung gekommen. Unter ihnen auch einige, die im April 1979 den Förderkreis gegründet hatten und damals eher als weltfremde Idealisten angesehen wurden. Einer von ihnen ist Jörg Baumgarten, der nach der Veranstaltung meinte: „Wer hätte damals gedacht, dass aus 27 Mitgliedern 3000 würden, die über 24 Millionen Euro bei Oikocredit angelegt haben? Und wer hätte sich vorstellen können, dass hochrangige Vertreter aus Kirche und Politik unsere Arbeit so positiv bewerten?“

Zu ihnen zählte Nikolaus Schneider, Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, der in seiner Rede sagte: „Oikocredit war stark daran beteiligt, dass sich in den Kirchen ein Bewusstsein für entwicklungspolitische Zusammenhänge entwickelt hat.“ Schneider beließ es nicht bei lobenden Worten. Er sagte dem Westdeutschen Förderkreis zu, dass die Evangelische Kirche im Rheinland eine weitere „namhafte Summe“ bei Oikocredit anlegen werde. Dr. Hans-Peter Schipulle, Ministerialdirigent im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

und Entwicklung, bescheinigte Oikocredit, dass die Organisation „einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet hat, dass Arme heute als bankfähig gelten und Mikrokredite als ein Ausweg aus der Armutsfalle gelten.“ Die Stadt Bonn hat Oikocredit eingeladen, sich beim Bonner „Tag der Vereinten Nationen“ am 24. Oktober zu präsentieren. Die Veranstaltung steht unter dem Motto „Konsum mit Köpfchen“, Schwerpunkte sind unter anderem Fairer Handel und ethische Geldanlagen.

Infos: Oikocredit Westdeutscher Förderkreis  
Adenauerallee 37, 53113 Bonn  
Tel.: 02 28 / 9 25 97-38/39  
oikocredit.bonn@t-online.de  
oder unter: [www.oikocredit.org/sa/westdt](http://www.oikocredit.org/sa/westdt)

## ► Weltladentag 2004 war ein voller Erfolg



Der Weltladentag 2004 stand ganz im Zeichen der Kampagne „Gerechtigkeit jetzt!“. Bundesweit mehr als 300 Weltläden haben sich an der Aktion beteiligt und somit großen Anteil darangehabt, dass die Welthandelskampagne „Gerechtigkeit jetzt!“ ihren Bekanntheitsgrad erheblich ausweiten konnte.

Insgesamt haben die Weltläden sowie kirchliche, gewerkschaftliche, Frauen-, Jugend- und Umweltgruppen in einem Zeitraum von fünf Wochen knapp 100 000 Stimmkarten für einen gerechteren Welthandel gesammelt. Außerdem haben 83 Kandidaten und Kandidatinnen für die Wahl zum Europäischen Parlament sich schriftlich bereit erklärt, sich im Falle ihrer Wahl für mehr Gerechtigkeit im Welthandel einzusetzen. Darunter sind so prominente Namen wie Angelika Beer, Daniel Cohn-Bendit und Martin Schulz. Für Christoph Albuschkat, Kampagnenkoordinator beim Weltladen-Dachverband, ein großer Erfolg: „Die Zahlen belegen, dass die ungerechten Regeln des Welthandels, die die Länder des Südens benachteiligen, der Bevölkerung nicht egal sind. Jetzt werden wir den Abgeordneten der Europäischen Parlamentes auf die Finger schauen und den begonnenen Dialog über mehr Gerechtigkeit im Welthandel fortsetzen“, so Albuschkat.

Kontakt: Christoph Albuschkat, Weltladen-Dachverband  
Telefon: 0 61 31 / 6 89 07-81

## gepa-Produkte in Supermärkten – 16-prozentige Umsatzsteigerung

Verbraucherinnen und Verbraucher finden Geschmack an Qualität aus Fairem Handel. Daher ist trotz allgemeiner Kaufzurückhaltung der Faire Handel der gepa weiterhin eine feste Größe: Das Geschäftsjahr 2003/2004 konnte eine Umsatzsteigerung von drei Prozent auf 36,8 Millionen Euro verbuchen.

„Eine kleine Sensation ist in der derzeitigen Flaute des Handels die Umsatzsteigerung von 16 Prozent in Supermärkten“, so gepa-Geschäftsführer Thomas Speck. „Wir führen dies auf unsere konsequente Qualitätspolitik auf allen Ebenen zurück. Die Produkte der gepa sind überwiegend biologisch angebaut, haben den sozialen und fairen Hintergrund und das Produkt selbst kann sich sehen lassen.“ Eine wichtige Rolle spielt auch das „bio und fair“-Regal mit dem kompakten Produktangebot auf kleinem Raum. Unter dem Motto: „Wir brauchen nur wenig, um viel zu bewegen“ trägt es zur nachhaltigen Entwicklung der Partner im Süden bei.

Der Kaffeeabsatz und -umsatz beim hochwertigem Arabica-Kaffee der gepa insgesamt wuchs erneut um vier Prozent. Angesichts des anhaltenden existenzbedrohenden Weltmarktpreises für Kaffee (Jahresdurchschnitt 64,90 US-Dollar) bedeuten die mehr als doppelt so hohen fairen Preise der gepa für die Kaffeegegenschaften eine wichtige Chance, ihre Existenz zu sichern. Außerdem können sie die Mehrpreiszahlungen für den Ausbau der Kaffeequalität nutzen, um auch längerfristig überlebensfähig zu sein. Entscheidend trägt dazu bei, dass die gepa etwa 15 Prozent mehr Kaffee bei ihren Handelspartnern einkaufen konnte.

Der größte Vertriebsbereich der gepa, Weltläden und Aktionsgruppen, konnte seinen Umsatz um zwei Prozent auf 20,5 Millionen Euro steigern.

## ► Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt

### Frauen verändern ihre Welt – Innerfamiliäre Gewalt gegen Frauen ist keine Privatsache

ASW-Projektpartnerinnen in Indien, Afrika und Brasilien unterstützen deshalb Frauen, die physische oder psychische Gewalt erfahren. Sie machen die verbreitete Gewalt zum Politikum, fördern und fördern gesellschaftliches Umdenken und staatliche Maßnahmen zum Schutz von Frauen vor Gewalt.

Im Rahmen ihres Jahresschwerpunktes

„Frauen“ hat die ASW nun ein vierseitiges Informationsblatt veröffentlicht, in dem drei Fraueninitiativen gegen Gewalt vorgestellt werden. CAMTRA engagiert sich in Rio de Janeiro gegen häusliche Gewalt und vermittelt Kontakte zu Frauenhäusern und Beratungsstellen. Die Initiative APFG in Burkina Faso klärt über die gesundheitlichen und psychischen Folgen der Genitalverstümmelung an Mädchen und Frauen auf und unterstützt Gemeinden, die sich verpflichten, auf diese Praxis zu verzichten. Und EKTA bildet unter anderem indische Polizisten fort, damit Frauen, die Gewalttaten anzeigen wollen, respektvoll aufgenommen und unterstützt werden.

Das Informationsblatt kann kostenlos und auch in höherer Stückzahl bestellt werden.

Kontakt: ASW - Aktionsgemeinschaft  
Solidarische Welt e.V.

Hedemannstr. 14, 10969 Berlin, mail@ASWnet.de

## ► Oekumenischer Dienst/ Schalomdiakoniat



### „Schritte auf dem Weg des Friedens“

Unter diesem Motto steht ein Wochenend-Seminar des Oekumenischen Dienstes Schalomdiakoniat (OeD) vom 20.-22. August in Bebra-Imshausen. Ana und Otto Raffai, FriedensarbeiterInnen aus Zagreb (Kroatien) und KooperationspartnerInnen des OeD, stellen dort ihre Arbeit vor: die praktische Anwendung gewaltfreier, ziviler Konfliktbearbeitung in Trainings in Kroatien, Bosnien und Serbien. Darüber hinaus gibt das Seminar einen Überblick über das Angebot des OeD an Grund- und Aufbaukursen für gewaltfreie, zivile Konfliktbearbeitung und einen Einblick in deren Inhalte und Methoden. Alle, die sich für einen aktiven Friedensdienst interessieren oder sich persönlich informieren möchten über eine außergewöhnliche Fortbildungsmöglichkeit, sind herzlich eingeladen.

### Neuer Vorstand

Einen neuen Vorstand wählte der Oekumenische Dienst Schalomdiakoniat (OeD) Mitte Mai bei seiner Mitgliederversammlung. Als Vorsitzender wurde Herbert Froehlich aus Heidelberg wiedergewählt, der als katholischer Priester zugleich Geistlicher Beirat von Pax Christi ist. Stellvertretender Vorsitzender

ist nunmehr Hermann Petersen aus Mainz, emeritierter Propst der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Die Aufgabe des Schatzmeisters übernimmt Dr. Vincenzo Petracca, Pfarrer in Heidelberg. Als Beisitzerinnen gehören dem fünfköpfigen Vorstand Wiebke Jung aus Bremen von der Stiftung „Die Schwelle“ und Stefanie Bruckmeir aus Freiburg i.Br. an.

Inhaltlich befasste sich die Mitgliederversammlung des OeD u. a. mit dem Verhältnis von Judentum und Christentum unter dem Aspekt des „Fremden im Eigenen“ sowie mit der Frage eines ethisch verantwortlichen Umgangs mit Geld.

Kontakt: Oekumenischer Dienst Schalomdiakoniat  
Mittelstr. 4, D-34474 Diemelstadt-Wethen

Tel.: 0 56 94 / 80 33, schalomdiakoniat@t-online.de

## ► Arbeitsgemeinschaft Dienste für den Frieden – AGDF

### Freiwilligendiensten statt Pflichtdiensten gehört die Zukunft!

Die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. (AGDF) begrüßt, dass die Kommission „Impulse für die Zivilgesellschaft“ in ihrem 2004 veröffentlichten Bericht den Ausbau von Freiwilligendiensten als dringende Aufgabe benennt. Die Kommission gibt wichtige Anregungen für die Weiterentwicklung der Freiwilligendienste. Ihr Bericht liefert damit eine gute Grundlage für die weitere Diskussion, wenngleich einige Punkte nicht akzeptabel sind und die Frage der Finanzen weitgehend ausgespart bleibt.

In erfreulicher Klarheit benennt die Kommission den großen gesellschaftlichen Wert und den individuellen Nutzen von Freiwilligendiensten auch im Sinne eines „lebenslangen Lernens“. Problematisch ist, dass diese Vorzüge undifferenziert auf den Zivildienst übertragen werden und dieser vielfach mit dem Freiwilligendienst gleichgesetzt wird. Damit wird in dem Bericht ausgeblendet, dass der Zivildienst ein staatlich gesteuerter und kontrollierter Pflichtdienst ist, auch wenn er einen gesellschaftlichen Bedarf abdeckt und individuelle Entwicklungen fördert. Demgegenüber basiert der Freiwilligendienst auf einer Selbstverpflichtung und wird von nichtstaatlichen Organisationen durchgeführt und verantwortet.

Die konsequente Weiterführung der Idee freiwilligen Engagements kann nach Ansicht der AGDF nicht in einer Transformation des Zivildienstes liegen, sondern nur im Ausbau der Freiwilligendienste, denn ein staatlicher Pflichtdienst wird nicht die Anerkennung finden, die die Kommission einfordert. Inakzeptabel ist in diesem Zusammenhang, dass Zivil- und Katastrophenschutz als Freiwilligendienste etabliert werden sollen.

Der Bericht enthält viele wichtige Anre-

gungen für die weitere Diskussion über den Ausbau der Freiwilligendienste. Insbesondere unterstützen wir die Flexibilisierung von Dienstzeiten und die Erweiterung der möglichen Zielgruppen, die in Modellvorhaben für generationsübergreifende Dienste ihren Niederschlag finden sollen. Der Gesetzgeber sollte den Trägern und Einsatzstellen mehr Möglichkeiten zur Ausgestaltung der Freiwilligendienste eröffnen. Als Dachverband grenzüberschreitender Friedens- und Versöhnungsdienste würde die AGDF eine zeitliche Ausweitung auf 24 Monate begrüßen. Allerdings sollten die Grenzen zu ehrenamtlichem Engagement oder zur beruflichen Ausbildung nicht verwischt werden. Ein halbtägiger dreimonatiger Dienst, wie die Kommission ihn vorschlägt, ist unterstützenswertes freiwilliges Engagement, aber kein Freiwilligendienst.

Die AGDF vermisst konkrete Finanzierungsvorschläge und begrüßt daher, dass Familienministerin Renate Schmidt bei der Übergabe des Berichts mitgeteilt hat, dass sie eine Überführung von Teilen der Zivildienstmittel zur Stärkung der Freiwilligendienste befürwortet. Insbesondere der Ausbau der beliebten und in einer globalisierten Welt zunehmend bedeutsam werdenden Auslandsdienste ist ohne staatliche Förderung nicht möglich.

Die Spezifika insbesondere der grenzüberschreitenden Freiwilligendienste müssen sich auch in den Regelungen für die soziale Sicherung niederschlagen, die sich – wie von der EU empfohlen – nicht (mehr) an denen für Arbeitnehmer orientieren dürfen. Hier lässt die Kommission ein eindeutiges Wort vermissen. Notwendig ist eine Vereinfachung der versicherungsrechtlichen Absicherung der Freiwilligen, orientiert am Europäischen Freiwilligendienst.

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF):  
www.friedensdienst.de

### Materialien zur Konfliktbearbeitung

In dem dritten der Heidelberger Gespräche zum Themenkomplex „Zivile Konfliktbearbeitung“ wurde diskutiert, welche Wirkungen Auslandsprojekte haben, welche Erfahrungen sich aus Evaluierungen ableiten lassen, wie diese auf andere Projekte und Länder übertragen und wie die Instrumentarien weiterentwickelt werden können.

Die Heidelberger Gespräche werden seit den 1970er Jahren von der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) und der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) jährlich als zweitägiger Informations- und Erfahrungsaustausch zu aktuellen Themen, mit denen sich die Friedensdienste und die Friedensforschung beschäftigen, organisiert.

Sabine Klotz / Jan Gildemeister (Hrsg.)

„Die Evaluierung erwünschter und unerwünschter

Wirkungen von ziviler Konfliktbearbeitung“

Dokumentation der Heidelberger Gespräche

im März 2003, 82 Seiten, 7,- Euro

FEST Reihe B, Nr. 29 der Texte und Materialien  
Bestellung: AGDF, Tel.: 02 28 / 2 49 99-0  
www.friedensdienst.de oder FEST, Tel.: 0 62 21 / 91-20  
oder -33, www.fest-heidelberg.de  
Eine Übersicht zur Thematik bietet: Sabine Klotz  
„Zivile Konfliktbearbeitung - Theorie und Praxis“  
FEST Reihe A, Nr. 50 der Texte und Materialien  
Dezember 2003, 206 Seiten, 12,- €  
Bezug: www.fest-heidelberg.de

## ► Versöhnungsbund

### Eine „PISA-Studie“ über Friedensfähigkeit!

Auf Vorschlag des Friedensforschers Dr. Werner Wintersteiner, Universität Klagenfurt, fordert der Internationale Versöhnungsbund, Deutscher Zweig, auf seiner Jahrestagung 2004 eine „PISA-Studie“ über Friedensfähigkeit der SchülerInnen in den OECD-Ländern! Analog zu PISA sollen die Kompetenzen und Qualifizierungen der Schülerinnen und Schüler in Bezug auf soziales Verhalten, Respekt der Menschenwürde, politische Bildung und kosmopolitisches Denken europaweit untersucht werden. Daraus sollen dann die entsprechenden bildungspolitischen Konsequenzen gezogen werden, fördert Ullrich Hahn, Vorsitzender des Deutschen Versöhnungsbundes. Der Versöhnungsbund, der auf eine 90-jährige Tradition des Engagements für Frieden zurückblicken kann, möchte mit einem Projekt ASSISI (Assessment of Social Intelligence, Solidarity and Internationalism) eine Debatte über Erziehung zum Frieden in einer globalisierten Welt anregen.

Kontakt: Internationaler Versöhnungsbund  
Deutscher Zweig e.V., Geschäftsstelle: Schwarzer Weg 8  
32423 Minden, Tel.: 05 71 / 85 08 75, Fax: 8 29 23 87  
versoehnungsbund@t-online.de  
www.versoehnungsbund.de

## ► Ökumenische Initiative Eine Welt



### Auf dem Weg zu nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweisen

Unter dem Thema „Auf dem Weg zu nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweisen“

stand die Jahrestagung der Ökumenischen Initiative Eine Welt (OeIEW) im Mai. Dr. Hans Diefenbacher, wissenschaftlicher Referent für Ökonomie an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg und Beauftragter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland für Umweltfragen, führte den Teilnehmenden in seinem Referat die Eindimensionalität der bisherigen Wirtschaftspolitik vor Augen. Bei vielen Politikern und einem großen Teil der Bevölkerung stößt die Kritik am Wirtschaftswachstum immer noch auf plattes Unverständnis. Aber schon ein erster Blick auf die Zahlen zeigt: Wachstumswachstum sind nicht unbedingt Wohlstandsziffern. Diefenbacher plädierte dafür, der Wachstumsgläubigkeit unserer Zeitgenossen mit einfacher Mathematik zu begegnen: Ein Wirtschaftswachstum von nur einem Prozent bedeutet bereits eine Verdoppelung in nur 72 Jahren; und eine Wachstum von vier Prozent, was in vielen Bereichen unseren eigenen Erfahrungen in den 70er und 80er Jahren entspricht, bewirkt eine Verdoppelung in nur 18 Jahren. Ein regelmäßiges Wachstum in dieser Höhe würde nach sieben Generationen das 1000-fache des Ausgangsbetrages ergeben.

Auch mit Hilfe von Entwicklungslinien in Diagrammen kann man dem allgegenwärtigen Unverständnis von Zeitgenossen begegnen. So zeigen diese, dass sich von 1952 bis 1972 die Produktion versiebenfacht (Steigerung 700%) und zwischen 1972 und 2002 nochmals verdoppelt hat. Selbst eine mittlere mathematische Begabung fragt sich unweigerlich, wo das hinführen soll.

Kontakt: Ökumenische Initiative Eine Welt  
Mittelstr. 4, 34474 Diemelstadt-Wethen  
Tel.: 0 56 94 / 14 17, www.oew.de

## ► Pax Christi: „General Assembly in New York“



INTERNATIONALE KATHOLISCHE FRIEDENSBEWEGUNG

Vom 19.-23.5.2004 tagte die alle drei Jahre stattfindende Pax-Christi-International-Vollversammlung (bisher „Internationaler Rat“). Im Mittelpunkt der Diskussionen und Abschlussbotschaft stand das Thema der „Inclusive Security“ (im Deutschen mit „Erweiterter Sicherheitsbegriff“ nur unzureichend übersetzt; besser mit „umfassende Sicherheit“). Es wurden u.a. eine Resolution zur israelischen Besatzungspolitik („Das Heilige Land“) und ein Aktionsplan zu Nahost verabschiedet, der die Internationale Kampagne gegen den Mauerbau, die israeli-

schen Kriegsdienstverweigerer und die ökumenischen BeobachterInnen unterstützen soll. Eine weitere Resolution betraf einen Boykott der Firma Taco Bell (in Deutschland u.a. durch Pizza Hut vertreten), um die skandalösen Arbeitsbedingungen der ArbeiterInnen in Florida zu verbessern. Eine weitere Resolution: Die „School of Americas“ mit ihren problematischen Ausbildungsprogrammen für Spezialkräfte in Diensten früherer Diktatoren in Südamerika und anderswo in der Welt soll aufgelöst werden – auch wenn sie sich mittlerweile zivilisiert gibt als „Western Hemisphere Institute for Security Cooperation“.

Die Ergebnisse der Versammlung – auch die deutsche Fassung der Abschlusserklärung „Building the Foundations for Inclusive Security“ („Aufbau der Grundlagen umfassender Sicherheit“) sind leicht abrufbar auf der Internetseite von PCI: www.paxchristi.net (auf der Homepage unter „General Assembly“)

## ► Handbibliothek Christlicher Friedenstheologie auf CD-ROM

Mit dieser Handbibliothek als Literatur-CD werden erstmals seit Jahrzehnten verschiedene – allein 20 vergriffene – grundlegende friedentheologische Arbeiten wieder zugänglich. Neben klassischen Werken der gesamten Christengeschichte, u.a. auch vom linken Flügel der Reformation, liegt der Schwerpunkt auf Werken des 20. Jhds. Gerade auch katholische Theologen sind vertreten, darunter Stratmann, Spiegel, Häring, Merton, Berrigan.

Bezug: Directmedia Publishing GmbH, Vorkstr. 59  
10965 Berlin, Tel.: 0 30 / 78 90 46-53  
ggoetz@directmedia.de

## ► Genf – Herausforderung Ökumene

Ein Kompendium der Ergebnisse der ökumenischen Bewegung international wie national seit der OeRK-Vollversammlung von Harare hat der zweifach promovierte Pfarrer und Dozent Horst A. Fild zusammen mit dem Publizisten und Verleger Thomas Specht erstellt. Fild achtet besonders auf die Resultate zu Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung.

Horst A. Fild/Thomas Specht  
„Genf – Herausforderung Ökumene“  
597 S., Erlangen 2004, Specht Verlag  
ISBN 3-925325-88-3

## Oekumenische Netze im konziliaren Prozess

Der OEKUMENISCHE INFORMATIONSDIENST wird von den unten aufgeführten Netzen unterstützt.

### Baden

**Oekumenisches Netz Baden**  
Wolfgang Lenssen, Köndringer Str. 10  
D-79331 Teningen-Heimbach  
Tel.: 076 41 / 57 32 80 (p)  
Tel.: 076 41 / 4 13 35 (d)

### Bayern

**Oekumenisches Netz in Bayern**  
c/o H. H. Willberg  
Mühlbachweg 13  
D-90559 Burgthann  
Tel.: 091 83 / 95 00 39

### Berlin

**Oekumenischer Rat Berlin-Brandenburg**  
Ökumenisch-Missionarisches Institut  
Gierkeplatz 2-4, D-10585 Berlin  
Tel.: 0 30 / 3 42 10 00  
Fax: 0 30 / 3 42 10 11

### INKOTA

Greifswalder Str. 33 a, D-10405 Berlin  
Tel.: 0 30 / 4 28 91 11  
Fax: 0 30 / 4 28 91 12

### Bremen

**Oekumenische Initiative Bremen**  
in forum Kirche  
Hollerallee 75, D-28209 Bremen  
Tel.: 04 21 / 3 46 15-36  
Fax: 04 21 / 3 46 15-38

### Hamburg

**Solidarische Kirche in Nordelbien**  
c/o Ekke Fetkötter, Porrendeich 6  
D-25889 Uelvesbüll  
Tel./Fax: 0 48 64 / 7 04

### Hessen

**Oekumenisches Netz Nord- und Osthessen**  
c/o Pfr. Reiner Weiß  
Obere Sommerbachstr. 8  
D-34225 Baunatal  
Tel.: 0 56 01 / 84 35

### Niedersachsen

**Oekumenisches Netz in Niedersachsen**  
Gerhild Kramer, Wellenserstr. 14  
D-37586 Dassel, Tel.: 0 55 62 / 67 94

### Oldenburg

**Oekumenisches Zentrum Oldenburg e.V.**  
Kleine Kirchstr. 12, D-26122 Oldenburg  
Tel./Fax: 04 41 / 2 48 95 24

### Pfalz

**Arbeitsstelle Friedensdienst der Ev. Kirche der Pfalz**  
Referat Konziliarer Prozess  
Eberhard Dittus  
Große Himmelsgasse 3, D-67346 Speyer  
Tel.: 0 62 32 / 67 15 17  
Fax: 0 62 32 / 67 15 67

### Rhein-Mosel-Eifel-Hunsrück-Westerwald

**Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar**  
Pfarrer-Werner-Mörchen-Str. 1  
D-56564 Neuwied  
Tel.: 0 26 31 / 35 41 40  
Fax: 0 26 31 / 35 41 41

### Rheinhessen

**Oekumenisches Forum Rheinhessischer Aktionsgruppen**  
Gossner Mission, Albert-Schweitzer-Str. 113-115  
D-55128 Mainz  
Tel.: 0 61 31 / 23 20 31

### Rheinland

**Oekumenischer Trägerkreis Rheinland**  
c/o Wiebke Naumann, Zeughausstr. 7  
D-53721 Siegburg  
Tel.: 0 22 41 / 6 76 01  
Fax: 0 22 41 / 95 97 93

### Oekumenisches Netz Mittelrhein e.V.

Erhard Dischler  
Immermannstr. 7, D-41516 Grevenbroich  
Tel.: 0 21 82 / 25 90  
Fax: 0 21 82 / 27 45

### Solidarische Kirche im Rheinland

**Kirchliche Bruderschaft**  
c/o Erika Franze-Haugg, Mozartstr. 9  
D-45578 Mühlheim a. d. Ruhr  
Tel.: 0 20 08 / 59 30 23

### Oekumenisches Forum im Rheinland

Lohstr. 132, D-46047 Oberhausen

### Sachsen-Anhalt

**Arbeitsstelle Eine Welt**  
Pfr. J.-H. Witzel, Leibnizstr. 4  
39104 Magdeburg  
Tel.: 0 39 1 / 53 46-4 93  
Fax: 0 39 1 / 53 46-4 90

### Westfalen

**Oekumenisches Netz in Westfalen**  
MÖWe, Thomas Ehrenberg, Olpe 35  
D-44135 Dortmund  
Tel.: 0 23 31 / 54 09-73  
Fax: 0 23 31 / 54 09-21

### Solidarische Kirche Westfalen-Lippe

Michael Nelson, Ostberger Str. 26  
D-58239 Schwerte, Tel.: 0 23 04 / 1 58 50

### Württemberg

**Oekumenisches Netz Württemberg**  
Johanna Moltmann-Hermann  
Riedhöfe 2, D-88410 Bad Wurzach  
Tel./Fax: 0 75 64 / 44 79

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST  
c/o GEP • Postfach 50 05 50 • 60394 Frankfurt am Main  
www.ecunet.de

## Fördermitgliedschaft bei der Stiftung Oekumene

Fördermitglieder können Einzelpersonen, Gruppen, Gemeinden oder Pfarrämter werden. Jedes Fördermitglied erhält regelmäßig den OEKUMENISCHEN INFORMATIONSDIENST sowie dessen Sonderdokumentationen. Weitere Materialien werden umsonst oder mit Rabatt angeboten. Über den Förderbeitrag (abzüglich der Gebühr für den Informationsdienst) wird eine abzugsfähige Spendenquittung ausgestellt. Der monatliche Mindestbeitrag liegt bei 5,- Euro.

**Stiftung Oekumene**  
**Konto 100 008**  
**BLZ 500 502 01**  
**bei der Frankfurter Sparkasse**

## IMPRESSUM

### OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST

*Gegründet 1982 – Erscheint vierteljährlich*

#### Herausgeber und Verleger:

Stiftung Oekumene.  
Kuratorium: Joachim Garstecki, Werner Gebert, Annette Groth, Paulander Hausmann, Jens Junginger, Paul Löffler, Christa Springe, Edda Stelck, Ulrich Schmitthenner (Vorsitz), Breitscheidstr. 92 70176 Stuttgart

#### Redaktion:

Postfach 50 01 13, 60391 Frankfurt/Main

#### Mitarbeiter:

Pfr. Ulrich Schmitthenner (Gesamtredaktion)  
Breitscheidstr. 92, 70176 Stuttgart  
Tel.: 07 11 / 2 26 56 90, Fax: 07 11 / 226 56 93;  
Rainer Zimmer-Winkel (Oekumene)  
Karl-Marx-Str. 150, 12043 Berlin  
Tel.: 0 30 / 68 80 92 36

#### Gestaltung:

Karl H. Thiel, Offenbach/Main

#### Bezug:

Einzelheft: 3,- Euro pro Exemplar;  
im Einzelabonnement: 10,- Euro pro Jahr

#### Bestellungen an:

GEP, Vertrieb, Postfach 50 05 50  
D-60394 Frankfurt/Main  
Konto: Frankfurter Sparkasse  
BLZ 500 502 01, Kto.-Nr. 100 826

#### Hinweis:

Der Oekumenische Informationsdienst erscheint mit freundlicher Förderung der Evangelischen Kirche in Deutschland, EED/ABP.